



Österreichischer
Städtebund

Rathaus, 1082 Wien

Telefon +43 (0)1 4000 89980
Fax +43 (0)1 4000 7135
post@staedtebund.gv.at
www.staedtebund.gv.at

DVR 0656097 | ZVR 776697963

Unser Zeichen:
900/141/2009

bearbeitet von:
Puchner DW 89994 | Strau

elektronisch erreichbar:
oliver.puchner@staedtebund.gv.at

Bundesministerium
für Finanzen
Hintere Zollamtsstraße 2b
1030 Wien

per E-Mail: e-Recht@bmf.gv.at

Wien, 10. Februar 2009

VU-Prämiengesetz; Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren!

Bezugnehmend auf den mit Ihrem Schreiben vom 2. Februar 2009 (BMF-010000/0006-VI/A/2009) eingegangenen Entwurf des VU-Prämiengesetzes vertritt der Österreichische Städtebund nach Prüfung folgende Ansicht:

Konjunkturpolitik

Der Österreichische Städtebund erkennt die Notwendigkeit Konjunktur belebender Maßnahmen, weist jedoch vor dem Hintergrund volkswirtschaftlicher Belege auf die größere Effektivität von öffentlichen Investitionen („Multiplikatoreffekte“) gegenüber Steuer senkenden oder ähnlichen Maßnahmen hin. Die angedachte Maßnahme mag vielleicht den Autohandel stützen, wie viel davon aber der Österreichischen Zulieferindustrie zu gute kommt ist völlig offen.

Verkehrs- und Umweltpolitik

Die ökologische Komponente ist sehr schwach ausgeprägt, da lediglich auf die Euro 4 Abgas-Norm verwiesen wird, aber keine Beziehung zum Verbrauch gegeben ist. Es stellt sich auch die Frage, ob über eine Differenzierung der NOVA nicht eine nachhaltigere Steuerung zu erreichen wäre.

Im Vergleich zu anderen Maßnahmen des Klimaschutzes sind die Kosten pro vermiedene Tonne CO₂-Emissionen in Vergleich hier sehr hoch sind.

Mit dem Ausbau von erneuerbaren Energien, mit einer Wärmedämmungsoffensive oder mit Investitionen in den ÖPNRV sind wesentlich effektivere Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes gegeben.

Der Österreichische Städtebund geht davon aus, dass seine Anregungen berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen



OSR Dr. Thomas Weninger
Generalsekretär